

RATHAUSKORRESPONDENZ.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y .

244

Wien, Montag, den 17. September 1923.

.....
Eine neue Telefonanlage im Rathaus. Gegenwärtig wird der Fernsprecher-Verkehr in und mit dem Rathause durch eine Hauszentrale vermittelt, die durch 35 Linien mit der staatlichen Zentrale verbunden ist. Die Telefonanlage im Rathaus ist sehr alten Ursprungs und infolge der starken Abnutzung kann die Hauszentrale trotz hingebenden Pflichteifers des Bedienungspersonales schon seit Jahren den Ansprüchen nicht mehr gerecht werden. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß über den telefonischen Verkehr mit dem Rathause seit Jahren geklagt wird. Die Gemeindeverwaltung hat daher schon im Voranschlag für das Jahr 1923 einen Betrag von 9 Milliarden Kronen bewilligt, der dazu dienen soll, dass eine neue moderne Telefonanlage im Neuen Wiener Rathaus errichtet werden kann. An den Arbeiten für diese neue Anlage wird bereits seit Monaten emsig gearbeitet. Die neue Anlage wird am Dachboden des Rathauses untergebracht werden. Die Gemeindeverwaltung hat sich mit Rücksicht auf die Wichtigkeit eines gut funktionierenden Fernsprechers entschlossen, daß die Telefonanlage nach dem modernsten System als automatische Anlage gebaut und derart eingerichtet wird, daß der interne Verkehr und der Anruf der Staatszentrale vollständig automatisch, nur durch Betätigung der Nummerscheibe des Anrufenden erfolgt und daher nur Rufe von Aussen vom Bedienungspersonale vermittelt werden müssen. Auch die Fernsprecher des Amtshauses Ebendorferstrasse und Landesgerichtsstrasse werden in die neue Anlage einbezogen. Aufgestellt werden zuerst 450 Sprechapparate, wobei jedoch vorgesorgt wird, daß die Zahl der Sprechstellen ohne weiters auf 900 erhöht werden kann. Die Lieferung der Apparate wurde der Firma Siemens und Halske übertragen. Nach Fertigstellung der neuen Anlage, wird das Rathaus die modernste und großzügigst eingerichtete Privattelefonzentrale besitzen. Es wird dann der telefonische Verkehr mit dem Rathaus sich vollständig klaglos abwickeln.

.....
Keine Totenbeschaugebühren. Seit Mai 1921 hat die Gemeindeverwaltung die Totenbeschau- und Totenbeschreibgebühren nicht mehr erhöht. Gegenwärtig beträgt die gesamte Einnahme auf das Jahr gerechnet acht Millionen Kronen so daß nicht einmal die Einhebungskosten bedeckt werden. Die Gemeinde wird eine entsprechende Valorisierung dieser Gebühren nicht vornehmen, sondern sie bis auf weiteres nicht mehr einheben.

.....
Die Strassenbahn in die Freudenu und nach Strebersdorf. Am Samstag, den 25. ds. werden die beiden neuen Strassenbahnlinien in die Freudenu und nach Strebersdorf, die im ersten Notstandsprogramm enthalten sind, vollständig fertiggestellt sein. Die beiden Linien werden an diesem Tage im Beisein der Mitglieder des Gemeinderates und der Pressevertreter eröffnet und wird sofort nach der Eröffnungsfeier der allgemeine Verkehr aufgenommen werden.

.....
Änderung der Strassenbahnlinie C. Durch den Bau der großen Wagenhalle im Strassenbahnhof Ottakring ist es nunmehr möglich geworden, daß die allgemein verlangte Verbesserung der Strassenbahnlinie C durchgeführt werden kann. Die Züge dieser Linie, die jetzt nur in der Alserstrasse bis zur Langegasse verkehren, werden von morgen (Dienstag) an über die Ottakringerstrasse bis in den Strassenbahnhof Hernals geführt. Durch diese Verlängerung der Linie C wird auch die ganztägige Führung der Linie 44 überflüssig, weshalb die Züge dieser Linie nurmehr in der Zeit des stärksten Verkehrs geführt werden.

.....
Keine Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Professor Dr. Tandler.

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Montag, den 17. September 1923. Abendausgabe.

Gemeinderätin Rudolfine Fleischner gestorben. Heute vormittags starb nach langem schweren Leiden das Mitglied des Wiener Gemeinderates Frau Rudolfine Fleischner. Sie stand im fünfzigsten Lebensjahre und gehörte dem Gemeinderat, in den sie von der sozialdemokratischen Partei als Vertreterin des neunten Bezirkes entsendet worden war, seit 4. Mai 1919 an. Die Verstorbene entfaltete vor allem im Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge eine rege Tätigkeit und selbst zu der Zeit, als ihr Krebsleiden, dem sie jetzt erlegen ist, schon ziemlich weit vorgeschritten war, gehörte sie noch immer zu den emsigsten Mitarbeiterinnen im kommunalen Fürsorgewesen. Sie war auch in vielen Unterausschüssen tätig, in denen sie überall mit viel Liebe und Fleiss ihren Pflichten nachkam. Seit ungefähr drei Monaten musste sie jeder Tätigkeiten entsagen, da ihr Krankheitszustand sich immer mehr verschlimmerte. Bürgermeister Reumann hat an den Gatten der Verstorbenen ein Beileidsschreiben gerichtet. Wegen des Leichenbegängnisses werden noch nähere Mitteilungen erfolgen.

Keine Sprechstunde bei dem städtischen Wirtschaftsreferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei dem amtsführenden Stadtrat Kokrda.

Eine Gemeindesubvention für den Verein „Zentralbibliothek“. Der städtische Finanzausschuss hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Gemeinderates Hiess beschlossen, dem Verein „Zentralbibliothek“ eine Subvention von 50 Millionen Kronen zu gewähren. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Bautätigkeit der Elektrizitätswerke. Im laufenden Jahre werden von den städtischen Elektrizitätswerken 44 Hochbauten errichtet. Davon sind bereits 19 vollständig fertiggestellt, im Bau befinden sich 16 und 9 Objekte werden noch in diesem Monat zu bauen begonnen. Diese Bauten umfassen 24 Wohnhäuser mit 95 Wohnungen, 2 Wohlfahrtsgebäude, 1 Kesselhaus, 2 Werkstättengebäude, 2 Maschinenhäuser, 1 Schalthaus für die Opponitzer Wasserkraftanlage in Floridsdorf und 1 Brikettfabrik. Von den Bauten werden 10 in Wien, 15 in Ebenfurth und 19 in Zillingdorf errichtet. An den Bauustellen werden durchschnittlich 2100 Personen beschäftigt und beträgt das Kostenerfordernis für die baulichen Ausführungen ohne Einrichtung rund 35 Milliarden Kronen.

Die Bezirksvertretung Margareten für die elektrische Stadtbahn. Die heutige ausserordentliche Sitzung der Bezirksvertretung Margareten beschäftigte sich ausschliesslich mit dem Plane der Gemeinde, die Stadtbahn zu elektrifizieren. Es wurde einstimmig ein Antrag der sozialdemokratischen Bezirksräte Leissner und Hein angenommen, in dem vor allem darauf verwiesen wird, dass die Bevölkerung infolge der Einstellung der Stadtbahn schwer getroffen wurde und die von der Gemeindeverwaltung vorgeschlagene Reform den Verkehr nicht nur ermöglichen, sondern auch noch verbessern würde. Schliesslich wird die Umstellung der Stadtbahn von dem Dampftrieb auf den elektrischen Betrieb die Arbeitslosigkeit in einem erheblichen Umfang mildern. Mit Rücksicht auf diese Gründe sieht sich die Bezirksvertretung Margareten veranlasst, die Gemeindeverwaltung zu ersuchen, sowohl das Verkehrsministerium als auch die Verkehrskommission aufzufordern, dem Ansuchen der Gemeinde um Ueberlassung des Bahnkörpers schleunigst zu entsprechen und auch den beiden Körperschaften den Beschluss der Bezirksvertretung mitzuteilen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen aller Parteien angenommen.